



Reitschulgasse 3
8010 Graz

Graz, 28. Jänner 2011

Presseinformation Steirischer Bauernbund

Starke Bauern - starke Steiermark

Der Steirische Bauernbund zieht Bilanz über einen kurzen aber intensiven Wahlkampf, der von Fairness und Respekt getragen wurde.

Die steirischen Bauernfamilien sind am Sonntag aufgerufen, ein Zeugnis über die Arbeit der Kammer für Land- und Forstwirtschaft in den letzten fünf Jahren abzugeben. Damit endet auch die Zeit der intensiven Wahlwerbung. „Für die Funktionäre des Bauernbundes ändert sich dadurch aber wenig. Sie waren fünf Jahre für das Wohl der bäuerlichen Betriebe unterwegs und hatten stets das Ohr bei den Menschen. Von den politischen Mitbewerbern war jahrelang nichts zu spüren, aber fünf Minuten vor Zwölf entdecken auch sie die Bauern. Angriffe auf den Bauernbund sind aus wahltaktischen Überlegungen verständlich. Weniger Verständnis habe ich für die Bemühungen, die Bauern intern zu spalten und sie dadurch zu schwächen“, zieht Gerhard Wlodkowski, Spitzenkandidat des Bauernbundes und amtierender Kammerpräsident Bilanz über einen kurzen aber intensiver Wahlkampf.

Wlodkowski: „Bauernbund hat alles unternommen, um Schweinepreis zu stabilisieren“

Der Dioxin-Skandal in Deutschland hat sich leider negativ auf den Schweinepreis in Österreich ausgewirkt. „Wir haben sofort gehandelt und Vertreter der Schlachthöfe, Futtermittelerzeuger und Handelsketten zu einem Schweinegipfel geladen“, unterstreicht Wlodkowski die Handlungsfähigkeit des Bauernbundes, „dabei konnten wichtige Vereinbarungen getroffen werden, die längerfristig Wirkung zeigen werden“, freut sich Wlodkowski über das Ergebnis. Alle bedeutenden Handelsketten haben zugesichert, auf heimisches Fleisch zu setzen. Die Zulieferer wurden angewiesen heimisches Schweinefleisch zu verwenden.



Reitschulgasse 3
8010 Graz

Neben den verstärkten Marketingmaßnahmen durch die Agrarmarkt Austria verweist Wlodkowski vor allem auf die in Brüssel durchgesetzte Einlagerungsaktion zur Marktentlastung, „da hat der Bauernbund wieder unter Beweis gestellt, wie stark seine internationale Vernetzung bei wichtigen Entscheidungen zu tragen kommt“.

Österreich hat eines der strengsten Tierschutzgesetze Europas

Mit dem Bundestierschutzgesetz, das mit den Stimmen aller Parlamentsparteien beschlossen wurde, hat Österreich seinen Tierhaltern strengste Auflagen vorgeschrieben. Das Bundestierschutzgesetz, das damals in dieser Form von allen Parlamentsparteien beschlossen wurde, wird jetzt von den Grünen kritisiert. Gerade unsere Schweinebauern haben teure Investitionen getätigt, um den neuen gesetzlichen Regelungen zu entsprechen. Mit Auslaufen der Kastenstandhaltung bei Zuchtsauen und Umstellung auf die Gruppenhaltung bei Zuchtsauen sind mehrere hundert Mio. Euro an Investitionen genau zum jetzigen Zeitpunkt bereits notwendig. Auch die steirischen Zuchtsauenhalter dürfen ihre Tiere ab 2013 nur mehr in neuen oder umgebauten Ställen halten. Für die ersten Wochen nach dem Abferkeln gibt es zur Fixierung der Sau ein Gerüst, damit die ganz jungen Ferkel nicht von der Sau beim Säugen erdrückt werden.

Viel Tierschutz soll immer gratis sein - so könnte man jedenfalls die Forderung der Grünen kurz zusammenfassen. Die Grünen fordern nun mehr oder weniger auch das totale Verbot des Ferkelschutzkorbs in der Abferkelbucht. Als Beispiel dafür wird die Schweiz angeführt. Leider vergisst man dabei, dass gerade die Schweiz eines der schlechteren Beispiele ist: viele steirische Schweinebauern haben viele Jahre viel Geld investiert, um in die Schweiz liefern zu können und haben dafür einen höheren Tierschutzstandard in Kauf genommen, leider kauft die Schweiz nicht mehr. Und die höheren Kosten der Styriabrid-Bauern will in Österreich auch keiner zahlen – war also alles umsonst? Von Tierschutzseite übersieht man kurioserweise, dass die vorübergehende Bewegungseinschränkung der Zuchtsau viele Ferkelleben rettet. Experten schätzen dies Zahl der auf diese Weise geretteten Ferkelleben auf bis zu 500.000 pro Jahr, bei etwas weniger als 5 Mio. Schweinen pro Jahr.



Reitschulgasse 3
8010 Graz

„Faktum ist nach einem Versuch der schon vor Jahren in Hatzendorf durchgeführt wurde: je geringer der Schutz der patscherten Ferkel in den ersten Lebenswochen, umso mehr tote Ferkel gibt es. Die Abferkelbucht kostet hingegen keiner einzigen Zuchtsau das Leben. Eine weitere nicht zielführende Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen, verbunden mit hohen Investitionskosten bedeutet eine existenzielle Gefährdung für unsere kleinen und mittleren Schweinehalter, wodurch die Versorgung mit heimischen Schweinefleisch nicht mehr gewährleistet wäre“, zeigt sich Wlodkowski empört über die überzogenen Forderungen der Grünen, die Kastenstände sofort zu verbieten.

Schweinebauern haben schwierigste Bedingungen.

„Ich nehme zur Kenntnis, dass es vielen Tierschützern und Vegetariern im Grunde nur darum geht, die Fleischerzeugung und den Fleischverbrauch auf ein Minimum zu senken. Egal ob Fleisch aus dem Inland oder aus dem Ausland, in missionarischem Eifer werden die Schwächsten in diesem Sektor angegriffen“, so Wlodkowski.

Durch die aus Deutschland übergeschwappte Vertrauenskrise in Eier und Schweinefleisch aufgrund Dioxins ist die Schweinebranche unverschuldet in gewaltige Turbulenzen geraten. Mit dem sofort einberufenen „Schweinegipfel“ mit Vertretern der Schlachthöfe, Futtermittelhersteller und Handelsketten soll ein klares Bekenntnis zu heimischem Schweinefleisch und zur weiteren Qualitätssicherung erreicht werden, um damit die Auswirkungen des Dioxinskandals auf die steirische Produktion zu minimieren. „Der Vorstoß der Grünen macht alle unsere erfolgreichen Verhandlungen zur Stärkung der Regionalwirtschaft, Unterstützung der Kleinbauern und ausreichender Eigenversorgung mit einem Schlag zu Nichte“, ärgert sich der Landesobmann des Bauernbundes Gerhard Wlodkowski. „Wir brauchen Rahmenbedingungen, die unseren kleinen Strukturen entsprechen, ansonsten werden wir in Zukunft nur noch von Großstallungen umgeben sein“, verweist Wlodkowski auf die laufende Diskussion zum geplanten Großstall in Gralla. „Das Vertrauen in die Gesetzgebung und deren Gültigkeit für planbare Zeiträume muss außer Frage gestellt sein“, meint Wlodkowski.



Reitschulgasse 3
8010 Graz

Wlodkowski verlangt Herkunftskennzeichnung bei Milch- und Fleischprodukten

Eine 100-prozentige Sicherheit für heimische Ware gibt es nur beim AMA-Gütesiegel. Im Schweinefleischbereich wird die Kennzeichnung zusätzlich mit dem System SUS verbessert. „Der deutsche Dioxinskandal macht es wieder überdeutlich: Die Konsumenten wollen wissen, woher der Rohstoff stammt, der in Milchprodukten oder Fleischwaren drinnen ist. Die Gesundheitsminister der EU sind ja im Dezember vor der Großindustrie in die Knie gegangen und haben eine klare EU-weite Regelung auf den St.Nimmerleins-Tag verschoben. Wir verlangen dringend eine Herkunftskennzeichnung bei Milch- und Fleischprodukten und appellieren an das EU-Parlament, bei dem nun der Ball liegt, Rückgrat zu zeigen und eine konsumentenfreundliche Herkunftskennzeichnung zu beschließen. Außerdem verlangen wir eine Kennzeichnungspflicht für die Gastronomie. Denn auch dort hat der Gast das Recht zu wissen, woher sein Schnitzel stammt“, erklärte Gerhard W l o d k o w s k i angesichts der Verunsicherung der Konsumenten durch den Dioxinskandal in Deutschland.

Nötig: Durchgehend hohe Standards

„Wir dürfen nicht mit zweierlei Maß messen, wenn wir den Verbrauchern volle Klarheit über den Ursprung von Lebensmitteln geben wollen. Für das erste Glied der gesamten Kette, also für die Landwirtschaft, wurden in Österreich nicht zuletzt auf Wunsch der Konsumenten hohe und jederzeit nachvollziehbare und kontrollierte gesetzliche Standards vorgeschrieben. Am anderen Ende der Kette, im Verkaufsregal aber weiß ein Verbraucher nicht einmal, woher ein Rohstoff in einem Verarbeitungsprodukt stammt. Das passt nicht zusammen. Hier gehört dringend Klarheit auf der ganzen Linie geschaffen“, appellierte Wlodkowski an die politisch für diese Regelungen Verantwortlichen, unverzüglich tätig zu werden. Denn auf EU-Ebene soll es im Laufe des Jahres 2011 zu einer Beschlussfassung der Verbraucher-Informations-Verordnung kommen, bei der speziell bei nicht oder wenig verarbeiteten Lebensmitteln wesentlich weitergehenden Kennzeichnungsvorschriften als bisher zur Diskussion stehen.



Reitschulgasse 3
8010 Graz

Konkrete Forderung

Konkret verlangt Wlodkowski, dass bei Milch- und Fleischprodukten die Herkunft des jeweiligen Hauptrohstoffes anzugeben ist, wie dies bereits bei Rindfleisch und -erzeugnissen im EU-Recht geregelt ist. Wlodkowski: „Das muss sowohl in der derzeit diskutierten EU-Verbraucherinformations-Verordnung als auch im österreichischen Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz (LMSVG) verankert werden.“

Kennzeichnung in Gastronomie

„Wir verlangen außerdem eine Novelle der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung, um für den Gast in öffentlichen Verpflegungseinrichtungen und in der Gastronomie Klarheit zu schaffen. Da ja Lebensmittel auf dem Teller bekanntlich kein Etikett mehr haben, müssen sowohl die Herkunft als auch die Produktionsweise, bzw. Haltungsform der wertbestimmenden Lebensmittel auf der Speisekarte oder in Aushängen verpflichtend angegeben werden“, forderte Wlodkowski weiter.

Täuschung und Irreführung verhindern

„Nach wie vor gibt es in den Verkaufsregalen Produkte, die mit rot-weiß-roten Fähnchen oder ähnlichen Zeichen den Konsumenten vortäuschen, dass auch Österreich drin ist, wo Österreich draufsteht. Doch häufig handelt es sich dabei um ausländische Rohware, die vom Verarbeiter ein österreichisches Mäntelchen umgehängt bekommt. Auch das ist dringend abzustellen“, verlangte Wlodkowski. Und weiter: „Es gibt es noch immer keine Regelung im Österreichischen Lebensmittelbuch zur Definition der „Irreführung“ bzw. der „Täuschung“, die der Behörde bei der Vollziehung eine bessere Möglichkeit bietet, aktiv dagegen vorzugehen. Daher fordern wir, dass die Produktbezeichnung „Bauer-“ oder ähnlich lautende Bezeichnungen bei Lebensmitteln nur dann verwendet werden dürfen, wenn es sich auch um aus bäuerlicher Produktion stammende Lebensmittel handelt.“ Auch hier seien, so Wlodkowski, eindeutige Regelungen im LMSVG bzw. im Österreichischen Lebensmittel-Codex zu erlassen.



Reitschulgasse 3
8010 Graz

Der Bauernbund ist einzige Organisation, die politisch vernetzt ist

Leider muss man festhalten, dass die meisten politischen Parteien die Bauern als Spielball benutzen. Wie glaubwürdig sind Bauernvertreter aus den Reihen der SPÖ, wo die SPÖ Arbeiterkammer seit Monaten trommelt, die Erzeugerpreise sind zu hoch, die Bauern bekommen zu viel Geld, die Pauschalierung muss weg und die Grundsteuer muss erhöht werden? Wie glaubwürdig sind Unabhängige Bauernvertreter, die keine politische Kraft zur Durchsetzung von Bauerninteressen hinter sich haben, sich aber mit den Grünen und dem BZÖ ins Bett legen. Und wie glaubwürdig sind Bauernvertreter aus den Reihen der Freiheitlichen, die bei allen wichtigen Entscheidungen im Parlament vergessen -wenn´s ums Bauerngeld geht - für die Bauern zu stimmen. Das gilt in diesem Fall auch für SPÖ, GRÜNE und BZÖ. „Wären wir nicht so stark in der Volkspartei verankert, dann müssten wir für unser Geld wahrscheinlich täglich auf die Straße gehen. Tausende von Betrieben hätten die Stalltüren für immer geschlossen“ verweist Wlodkowski auf den politischen Verlass der Volkspartei.

Um Bauernanliegen durchzusetzen, braucht es ein starkes Netzwerk. Den Spitzen des Bauernbundes mit Präsident Gerhard Wlodkowski, Minister Niki Berlakovich, Präsident Fritz Grillitsch oder Landesrat Johann Seitinger gelingt es immer wieder, europaweit Allianzen zu schmieden, um das Bestmögliche für die heimischen Bauern heraus zu holen. „Die Höhe des Agrarbudgets, das Umweltprogramm, die Ausgleichszahlungen für Bergbauern, die soziale Absicherung der bäuerlichen Familien sind keine Selbstverständlichkeit und nur durch die Stärke des Bauernbundes möglich“ so Wlodkowski kämpferisch.

Der Bauernbund hat durchgesetzt, dass beim Sparpaket des Bundes in die Einkommen der Bauern nicht eingegriffen wurde, dass den unter der Kontrollwillkür leidenden Almbauern geholfen wird, dass nicht ausbezahlte Betriebe unterstützt werden, dass die Pauschalierung erhalten bleibt, dass ein Sofortprogramm zur Stabilisierung des Schweinemarktes erlassen wurde und der Bauernbund hat alle Angriffe auf Erhöhungen der Grundsteuer und der Einheitswerte abwehren können – um nur einige wenige Erfolge aufzuzählen. „Zeigen wir Stärke und Geschlossenheit, denn die Bauern entscheiden am Sonntag über ihre eigene Zukunft“ meint Wlodkowski abschließend.



Reitschulgasse 3
8010 Graz

Möglichkeiten der Nachhaltigkeit nutzen

Vizepräsident Hans Resch verweist auf die soeben stattfindende „internationale Biomassekonferenz“ und das vorhandene Potential zur Steigerung der Wertschöpfung in den Regionen. „Wenn uns die Energie buchstäblich beim Fenster herein wächst, dann können wir mit dem Verhandelnen unsere Abhängigkeit von Importen reduzieren. Die Regionen stärken und die Wälder nutzen, statt heiße Luft über Zertifikat im Ausland kaufen“ sieht Resch, der seit Jahresbeginn auch Obmann der „Pro Holz Steiermark“ ist, die Zukunft in der Nachhaltigkeit.

Steirischer Forst steht gut da. Lobbying-Erfolge auch in Brüssel.

„Der Holzpreis ist gut, der Wald Dank der guten Beratung der Kammer in sehr gutem Zustand – erfreulicherweise sogar bei höheren Nutzungsgraden. Und die Holzwertschöpfungskette hat für die Gesamtwirtschaft eine äußerst wichtige Bedeutung“, betont Vizepräsident Hans Resch. Denn der Wald ist ein wichtiger Devisenbringer und sichert allein in der Steiermark 56.000 Arbeitsplätze (Österreich: 230.000).

Einen wichtigen Lobbying-Erfolg hat der Vizepräsident auch in Brüssel eingefahren: Seit Jänner 2011 werden die wichtigen forstpolitischen Rahmenbedingungen auch von der Generaldirektion Landwirtschaft mitbestimmt. Bisher waren diese Agenden nur in der Generaldirektion Umwelt angesiedelt. Und bei der Holzverwendung drängt Resch darauf die Forschungsquote zu erhöhen. So ist man beispielsweise dabei den Einsatz von Holz als Rohstoff für die Bekleidungsindustrie zu verstärken.

Hinterlistiges Spiel von Grünen und NGO's gegen die Bauern, Doppelgleisigkeiten bei den belastenden Kontrollen abbauen.

Vizepräsident Hans Resch kämpft für den Schutz des bäuerlichen Eigentums und gegen Einschränkungen von außen. „Grüne und NGO's haben bei den Europaschutzgebieten „Natura 2000“ ein hinterlistiges Spiel gegen die Bauern gespielt. Die ausgewiesenen Natura 2000-Flächen insbesondere in den Niederen Tauern sind inakzeptabel“, stemmt sich Resch gegen die unnötig zu groß festgelegten Flächen. Resch: „Der steirische Wald wird seit Generationen ohne von Grünen und NGO's aufgedrängten Regeln naturnah bewirtschaftet. Das bestätigt auch die jüngste Waldinventur, die den heimischen Wald als gesund und naturnah beschreibt“.

Zu den oft sehr belastenden, strengen Kontrollen auf den Bauernhöfen hat Resch eine klare Antwort: „Wir tun alles, um Doppelgleisigkeiten abzubauen“.

Bei Rückfragen kontaktieren Sie bitte: Direktor DI Franz Tonner, Tel.: +43 676 3522750